



Antrag

der Fraktion der FDP

Entschließung zur Verwaltungsstrukturreform

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die von der Landesregierung beabsichtigte Bildung von vier kommunalen Verwaltungsregionen wird abgelehnt, weil sie weder geeignet ist, Verwaltungskosten zu senken noch tatsächlich bisherige Landesaufgaben kommunalisiert.

Deshalb wird die Landesregierung aufgefordert, alle Aktivitäten zur Bildung der Kommunalen Verwaltungsregionen einzustellen.

2. Die Landesregierung wird zugleich aufgefordert, unter Einbeziehung der kommunalen Ebene eine Gesamtkonzeption für eine Verwaltungsstrukturreform zu erarbeiten. Ein solches Konzept setzt als ersten Schritt eine konsequente Aufgabe von Aufgaben voraus, die auch tatsächlich Entlastungen auf allen Ebenen mit sich bringen. Danach muss eine Debatte über die Aufgabeneffizienz folgen. Als Ergebnis daraus ist eine Zuordnung der verbleibenden Aufgaben unter Berücksichtigung der Kriterien Wirtschaftlichkeit, Professionalität und Bürgernähe vorzunehmen.
3. Die Kreise sollen jetzige Landesaufgaben, soweit diese nicht gänzlich zu privatisieren sind, übernehmen. Voraussetzung ist und bleibt jedoch eine echte Kommunalisierung, die eigene Gestaltungskraft und eine tatsächliche Mitwirkung durch die Kreistage garantiert. Aufgrund der Übernahme von Landesaufgaben können wiederum bestehende kreisübergreifende Kooperationen gestärkt und zusätzliche aufgebaut werden.

4. Die Kreise sind in erster Linie Selbstverwaltungskörperschaften. Schleswig-Holstein verfügt über starke und leistungsfähige Kreise. Eine Gebietsreform „von oben“ darf es deshalb nicht geben. Freiwillige Fusionsüberlegungen in einzelnen Kreisen werden unterstützt. Im Ergebnis müssen diese aber zu einer Optimierung der bestehenden Kreisstrukturen beitragen. Aufgrund der geforderten Gesamtkonzeption müssen im Einvernehmen mit den Kommunen weitgehend vergleichbare und leistungsfähige Verwaltungseinheiten hergestellt werden. In jedem Fall ist eine bürgerschaftliche Mitwirkung durch die Kommunale Selbstverwaltung in überschaubaren Räumen zu garantieren.

Wolfgang Kubicki
und Fraktion